

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, answärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 36.

Dienstag den 12. Februar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

An das werththätige Volk!

Unter Führung des Junkertums, der rückwärtigsten Schicht des Volkes, ist es den Agrariern gelungen, die Mehrheit der deutschen Regierungen für eine wesentliche Erhöhung der Getreidezölle zu gewinnen. Bei dem bevorstehenden Abschluß der Handelsverträge sollen sehr erheblich erhöhte Getreidezölle zur Geltung kommen, vorausgesetzt, daß die auswärtigen Staaten solche Bedingungen sich bieten lassen.

Im Zusammenhang mit der geplanten, sehr wesentlichen Erhöhung der Getreidezölle soll eine Erhöhung der Zölle auf alle übrigen Erzeugnisse der Landwirtschaft (Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse usw.) herbeigeführt werden. Ja selbst Produkte, die bisher von Zöllen noch befreit waren, z. B. Obst, Gemüse, Kartoffeln, sollen der agrarischen Habgier zum Opfer fallen und ebenfalls durch Zölle verteuert werden.

Eine Erhöhung der Zölle bewirkt aber eine entsprechende Erhöhung des Preises der betreffenden im Inland erzeugten Lebensmittel. Diese Preissteigerung ist der Zweck der Zölle.

Es handelt sich also um eine starke Vertehrung der notwendigen Lebensmittel für die großen Massen, die den Einzelnen am so härter trifft, je kleiner sein Einkommen und je größer die Kopfgahl seiner Familie ist.

Die von den Junkern und ihrer agrarischen Gefolgschaft verlangte Erhöhung des Getreidezolls treibt aber den Inlandspreis des Roggens weit über den im Jahre 1895 durch den Antrag Kaniz verlangten Durchschnittspreis von 165 Mark pro Tonne Roggen hinaus und macht für Viele, besonders bei ungünstigen Ernten, das Brod, das notwendigste Lebensmittel, zu einem unerreichbaren Luxusartikel!

Den Hauptvortheil von dieser Pländerung der Arbeiterklasse und der kleinen Leute hat nur eine verhältnismäßig geringe Zahl großer Grundbesitzer, wohingegen der Vortheil der mittleren Grundbesitzer nur geringfügig ist, die kleinen Bauern aber nicht nur keinen Vortheil, sondern selbst Schaden haben.

Das Einkommen aus der erhöhten Verzollung der notwendigen Lebensmittel wächst, je größer die landwirtschaftliche Fläche ist, die bewirtschaftet wird. Sie bringt den Großgrundbesitzern pro Kopf viele Tausende und selbst Zehntausende Mark im Jahre ein.

Im Jahre 1895 erklärte der deutsche Kaiser gegen den Antrag Kaniz: „Man kann mir nicht zumuthen, Brodwucher zu treiben,“ und jetzt erklärt der erste Beamte des preussischen Staats und des Deutschen Reichs, der Reichstanzler Graf von Bülow, im preussischen Abgeordnetenhaus unter dem Beifallsturm der Junker und Junkerengenossen: Die preussische Regierung werde für eine ausreichende Erhöhung der Getreidezölle eintreten.

Wo bleibt da die Konsequenz?

Wo bleibt die so oft berufene Fürsorge für die arbeitenden Massen?

Den Lebensmittelwucher gesetzlich zu sanktionieren und organisieren, ihn die Masse des Volkes tributpflichtig zu machen, soll nach der Absicht der Junker und Junkerengenossen fortan eine der hauptsächlichsten Aufgaben des Staates sein — derselben Junker und Junkerengenossen, die jede Steuererhöhung, die sie selbst trifft, als eine Vermögenskonfiskation brandmarken. Aber das werththätige Volk, das nur das notwendigste besitzt, soll abermals vom Nothwendigsten geben, damit Jene in behäbiger Zufriedenheit und selbst im Ueberfluß leben können.

Was wird aber die weitere Folge sein, wenn solche Bestimmungen zum Siege gelangen?

Die unvermeidliche Vertehrung der Lebensmittel durch die Zölle bedeutet nicht die einzige Gefahr. Bei der Einführung höherer Lebensmittelzölle können nur ungünstige Handelsverträge abgeschlossen werden; Handel und Industrie würden unter diesen ungünstigen Verträgen oder gar bei dem Eintritt von Zollkriegen auf's Schwerste leiden; Hunderttausende von Familien ließen Gefahr, erwerbs- und brotlos zu werden; auf alle Fälle aber würde die gesammte werththätige Bevölkerung eine erhebliche Vertehrung ihrer Lebenslage, und sie würde in dieser Zeit der hereinbrechenden Krise, des Nothwendigsten und der Wohnungsnoth mit doppelten Nothen gepeinigt.

Der Brod- und Lebensmittelwucher hat, so lange es nothlei-

dende Menschen giebt, alle Zeit als eine der schlechtesten, und so lange es ein Christenthum giebt, als eine der unchristlichsten Handlungen gegolten.

Und für diesen Lebensmittelwucher treten dieselben Leute ein, die dem Volke beständig empfehlen, zu beten: Unser täglich Brod gieb uns heute.

Mit der Erhöhung der Lebensmittelzölle ist aber auch ein politischer Zweck verbunden.

Das Junkertum soll als herrschende Klasse erhalten bleiben, dieses Junkertum, das alle Zeit unfähig war, aus eigener Kraft zu existieren, das aber seit Jahrhunderten an der Staatskassette sitzt und alle Zeit die fettesten Posten in Armee- und Staatsverwaltung in seinen Händen hatte. Der Zusammenbruch dieses Junkertums würde einen Triumph des werththätigen Volkes bedeuten, und der soll um jeden Preis verhütet werden.

Männer und Frauen des werththätigen Volkes! Öffnet die Augen, erkennet die Gefahr und wehrt Euch!

Geht in die Versammlungen, zu denen Ihr berufen werdet, agitirt in Fabriken und Werkstätten, kämpft auf jede Weise gegen die Euch drohende schwere Schädigung Eurer Existenz!

Die später an Euch gelangenden, dem Reichstage einzureichenden Protestresolutionen müssen Millionen Unterschriften erhalten, insbesondere auch die der Frauen, die als Verwalterinnen des Hauswesens jede weitere Vertehrung der Lebensmittel am schwersten empfinden.

Nur wenn Ihr millionenfällig Eure Stimmen erhebt, könnt Ihr das geplante Attentat verhindern.

Nieder mit dem Brod- und Lebensmittelwucher!

Nieder mit der Junker- und Agrarierherrschaft!

Auf zur That!

Berlin, den 9. Februar 1901.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages.

Die englische Freundschaft.

mp. Seit einiger Zeit wird der deutsche Kaiser von der englischen Presse mit Lobeshymnen überschüttet und auch der Theil der deutschen „nationalen“ Zeitungen, der sonst nicht gut auf England zu sprechen ist, bringt diese Aeußerungen mit ausgesprochenem hyzantinischem Entzücken, ohne daran zu denken, daß es sich hier um ein wohlberednetes Manöver der englischen Regierung handelt. Der Schachzug ist um so durchsichtiger, als vor einem halben Jahre von englischer Seite schon etwas Aehnliches, wenn auch mit andern Mitteln, versucht wurde und auch glückte.

Unsere Herren Vettern jenseits des Kanals wissen ganz genau, daß das deutsche Reich trotz seines bundesstaatlichen Charakters und trotz seiner konstitutionellen Verfassung eigentlich ein absolutistisch regierter Staat ist und daß dem, der den deutschen Kaiser für sich hat, auch die Macht des Reiches zur Verfügung steht. Der deutsche Kaiser kann dank der Meinunglosigkeit der Minister, dank der Rückgratlosigkeit der Bundesstaaten und der Servilität der Bourgeoisie sogar gegen die ausgesprochenen Gefühle des Volkes regieren, wie gewisse Vorgänge während des Burenkrieges zur Genüge beweisen. Diese Verhältnisse kennt man natürlich auch in England und sucht sie dort jetzt, wo John Bull durch die Buren so böse Tage erlebt und dringend eines starken Freundes bedarf, nach Kräften auszunützen, indem man sich darauf verlegt, das Herz des deutschen Kaisers und damit die deutsche Politik zu erobern. Bei den bekannten verwandtschaftlichen Beziehungen Wilhelms II. und bei seinem Temperament ist dies auch wohl nicht allzuschwer. Der Kaiser gehört, wie männiglich weiß, nicht zu jenen Monarchen, die sich bescheiden im Hintergrunde halten, sondern sein Bestreben geht dahin, wirklich und weit sichtbar an erster Stelle zu stehen und womöglich Großes zu leisten. Seine Hoffnungen auf eine deutsche Welt-herrschaft, seine Neigung, auch minder wichtige Dinge mit einem großen Aufwande von Feierlichkeit und äußerem Pomp zu umgeben, sind hier bededte Zeugen. Und zweifellos besitzt Wilhelm II. auch die feste Ueberzeugung, daß er von einer höheren Macht dazu berufen ist, große

Thaten zu vollbringen. Nun ist es selbstverständlich, daß einen solchen von seiner Zukunft und seiner Mission erfüllten Herrscher nichts tiefer kränkt als eine abfällige Kritik feins Thuns. Sie muß ihm sowohl als ein frivoler Versuch, ihm die heißbegehrte Unsterblichkeit zu entreißen, erscheinen, wie auch als ein ebenso täppischer als boshafter Zweifel an seiner höheren Bestimmung. Um so freudiger aber muß ihn die Bewunderung berühren, denn sie dünkt ihm als eine Bestätigung der Größe seiner Werke, als eine Morgenröthe des künftigen eigenen Glanzes, der ihm als Ziel vor Augen schwebt.

Hier scheinen uns die Engländer dieses Mal einzugehen: Sie überschütteten den Kaiser mit Lobes- Hymnen, um ihn dann für ihre Zwecke zu gewinnen.

Wie bereits angedeutet, haben die Engländer vor nicht langer Zeit schon einmal mit Glück auf das Temperament Wilhelms II. spekulirt. Es war dies zu Beginn der chinesischen Wirren. Nachdem Ketteler ermordet war und die Belagerung der Gesandtschaften begonnen hatte, berichteten die englischen Blätter die haarsträubendsten Schauergerüchten über die Leiden der Eingeschlossenen und erzählten haarlein von ihrem entsetzlichen Ende. Dieser wohlorganisirte Schwundel mußte doch irgend einen Zweck haben. Und er hatte auch einen! Die Engländer waren auch damals infolge des südafrikanischen Krieges in schweren Nöthen und daher konnten sie den Absichten Rußlands auf China nicht genügend entgegentreten. Wenn es aber gelang, Deutschland, das seit der unglückseligen Besetzung von Kiautschou in Ostasien ein Konkurrent Rußlands geworden ist, tüchtig in China zu engagiren, so war damit den russischen Bestrebungen ein ansehnliches Hinderniß bereitet. Die erwähnten Nachrichten aus China mußten nun nach menschlicher Berechnung Wilhelm II. in heftigen Zorn versetzen und zum schärfsten Vorgehen gegen China veranlassen. Wie sehr die Depeschen der englischen Telegraphen-Agenturen den Kaiser in der That erregten, beweisen seine damaligen Reden, die nach dem Zeugnisse des Grafen Bülow unter dem Eindrucke der bewußten Telegramme gehalten wurden. Und wirklich stellte Deutschland sich an die Spitze der Aktion gegen China, obwohl es hier nur geringe Interessen hatte, wirklich schloß es mit England einen Vertrag, dessen Spitze sich gegen Rußland richtete, kurz es erwies sich in China als der bereitwillige Schleppträger Englands.

Nun wäre es thöricht, den Kaiser für diese Dinge persönlich verantwortlich zu machen. Jeder Mensch auf der Welt, mag er noch so hoch stehen, hat seine Sympathien und Antipathien, jeder Mensch hört eine mit seiner eigenen Anschauung übereinstimmende Meinung lieber als eine gegenwärtige, jeder Mensch ist in seinem Thun von seinem Temperament, seiner Naturanlage und seiner Umgebung unwillkürlich abhängig. Darin, daß dem so ist, liegen eben die großen Gefahren des Absolutismus, mag das Szepter auch in den Händen eines Mannes sich befinden, der im Grunde das Beste will.

Verantwortlich dafür sind vielmehr in erster Linie die Bundesregierungen, die es ruhig geschehen lassen, daß die Ausübung der Reichsgewalt entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung allmählich vom Reichsoberhaupt für sich allein beansprucht wird, während die Bundesstaaten immer mehr in einem Vasallenverhältnisse erscheinen. Weiter sind verantwortlich die Minister, die überhaupt keine eigene Meinung mehr haben, sondern sich nur mehr als Vollzugsorgane betrachten. Und endlich ist verantwortlich der Reichstag, der sogar von den wenigen Befugnissen, die er hat, keinen Gebrauch macht. Hätten wir aber eine zeitgemäße Reichsverfassung, die den Schwerpunkt in's Parlament verlegt und hätten wir dazu noch eine Reichstagsmajorität, die etwas Anderes wäre, als eine Kongregation von Jagagern und Kopfnickern, dann würde John Bull seine Leher vergeblich stimmen. Es gelänge England dann nicht, Deutschland als Helfer gegen Rußland zu gewinnen, das trotz aller seiner abfälligen Barbarei eben doch unser mächtiger Nachbar bleibt, den zu reizen wir uns hüten sollen.

Der Zusammenhang der hier besprochenen Dinge ist gewiß sonnenklar. Aber trotzdem sehen ihn die „nationalen“ Tintenkuli nicht, und wenn sie ihn doch merken, thun sie, als wüßten sie nichts davon. Ja gerade jene von ihnen, die am meisten über die Diebstahlelei mit England murren und maulen, machen zugleich am eifrigsten in Byzantinerei und Stärken dadurch den Absolutismus. Und wenn der Reichstag nur einmal ein Bischen sich auf seine Rechte besinnt, wenn er auch nur

